

lionen amerikanischer Protestanten betreffen würde, etwa ein Drittel aller Nicht-Katholiken in den USA. Die bisher in die Konsultation eingetretenen Kirchen sind: die Protestant Episcopal Church (Anglikaner, daher wird das Entstehen dieser Union von der „Church Times“ in ihrem Bericht vom 13. 5. 66 sorgfältig beobachtet), die United Presbyterian Church, die Methodist United Church, die United Church of Christ, die Disciples of Christ, die Evangelical Brethren und die African Methodist Episcopal Church. Der in Dallas vorgelegte Entwurf gilt nur als eine vorläufige Diskussionsgrundlage. Das von Blake aufgestellte Ziel ist die Schaffung einer „erneuerten, vereinigten Kirche, die wahrhaft katholisch, wahrhaft evangelisch und wahrhaft reformiert“ ist (vgl. den Bericht über die Konferenz von Dallas in: „The Christian Century“, 18. 5. 66, wo etwas ausführlicher als in „Church Times“ auf die Kontroversen eingegangen wird).

Die gemeinsamen Prinzipien der Union, die von der Konferenz „entgegengenommen“ wurden zwecks weiteren Studiums, also nicht „angenommen“ (adopted), enthalten folgende Punkte:

1. Bekenntnis zur Bibel als dem „fundamentalen Wächter des Glaubens und Norm des Lebens der Kirche“.
2. Annahme des Apostolischen und des Nizänischen Glaubensbekenntnisses.
3. Im Gottesdienst Freiheit der liturgischen Form, „Einheit in der Vielfalt“, vor allem offene Kommunion für alle Getauften, eine alte Forderung des schottischen Ökumenikers Torrance.
4. Zwei Sakramente, Taufe und Abendmahl, und zwar Taufe entweder durch Untertauchen in Wasser oder durch Besprengen mit Wasser. Über die Taufformel ist nichts gesagt, aber sie dürfte angesichts der Bekenntnisgrundlage trinitarisch sein. Doch soll keine Gemeinde zur Kindertaufe gezwungen werden.
5. Als „Aufseher“ sollen in den oberen Räten Bischöfe fungieren. Hier kam es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten, weil die Methodisten ein Ernennungsrecht der Bischöfe für die Pfarrer wünschen, das den anderen Denominationen nicht annehmbar erscheint.
6. Gegenseitige Anerkennung der bestehenden kirchlichen Ämter durch einen gemeinsamen Weihegottesdienst, vermutlich nach dem Vorbild, wie es für die Union der Kirche von England mit den Methodisten vorgesehen ist (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 325 und 18. Jhg., S. 433).
7. Ordination künftiger Geistlicher durch Bischöfe, mit oder ohne Teilnahme von Klerikern und Laien. Dieser

Punkt erinnert an das Schema der „Kirche von Südtindien“.

8. Größte Weitherzigkeit in der Mannigfaltigkeit der Zeremonien.

Lange Fristen bis zur Durchführung

Ganz abgesehen davon, daß der Entwurf nur eine Diskussionsgrundlage ist, nimmt man an, daß es vier bis zehn Jahre brauchen werde, bis über alle Einzelheiten Klarheit und Einmütigkeit besteht. Und auch dann werde die Union zunächst mehr eine lockere Föderation sein unter einem provisorischen Zentralrat, unter dessen Führung es noch eine Generation brauchen werde, bis diese Union vollendet ist. Bemerkenswert ist, daß Generalsekretär Blake in der Zeitschrift der katholischen Fordham-Universität „Thought“ ausdrücklich bestritten hat, er wolle seine presbyterianische Tradition „zu Ausverkaufspreisen verschleudern“; andererseits betont er in diesem Artikel, man müsse bereit sein, mit jahrhundertalten Traditionen aus ökumenischen Rücksichten zu brechen. Letztlich könne „die Einheit der Kirchen nur mit einem konstitutionellen und von seinen Fehlern gereinigten Bischofsamt in Erwägung gezogen und praktisch verwirklicht werden“ (epd, 14. 5. 66). Aber nun ist Eugene C. Blake aus der COCU ausgeschieden, deren Vizepräsident er war. An seine Stelle wurde in Dallas Bischof Matthews (Protestant Episcopal Church) gewählt, während der bisherige Vorsitzende, Bischof Robert F. Gibson (Protestant Episcopal Church), durch Pfarrer David G. Colwell von der Vereinigten Kirche Christi in Washington ersetzt wurde.

Man kann nicht sicher sagen, ob der neue Generalsekretär des Weltrates, Blake, in dem von ihm inspirierten Unionswerk eine Art Modell sieht, um die von Visser 't Hooft proklamierte „Phase der Entscheidungen“ zu fördern. Sicher kann man nur sagen, daß auf der Unionskonferenz von Dallas Pfarrer Lukas Vischer, Direktor der Studienabteilung des Weltrates der Kirchen, die Bibelarbeit leitete. Das ist insofern ein Novum, als es früher als unstatthaft galt, die Studienabteilung des Weltrates bei Kirchenunionen zu engagieren. Dagegen pflegten die Orthodoxen stets zu protestieren. Entweder haben sie heute mit der Herstellung ihrer eigenen Einheit zu tun, um endlich den Dialog mit Rom auf der Basis der altkirchlichen Konzilien zu beginnen, oder sie sehen aus anderen Gründen in einem solchen Engagement kein Hindernis mehr. Jedenfalls sind zwischen Dallas und Genf die Fäden hin und hergegangen, und das dürfte unter der Führung von Blake so bleiben.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Zur Theorie des afrikanischen Sozialismus

Wer sich mit afrikanischen Problemen beschäftigt, weiß, wie schwer es ist, mit europäischen Begriffen die afrikanische Wirklichkeit zu erfassen. Das gilt für den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich, insbesondere aber für alle Fragen nach den geltenden Ideologien.

Aus diesem Grund sind die afrikanischen Politiker von heute bemüht, sich ihre eigene ideologische Begriffswelt

aufzubauen. Bis auf wenige Ausnahmen — zu ihnen zählen Tubman von Liberia, Mba von Gabon und der äthiopische Kaiser — haben sich alle afrikanischen Staatschefs irgendwann einmal in irgendeiner Form zum afrikanischen Sozialismus bekannt. Durch Beifügung des Adjektivs „afrikanisch“ deuten sie den Versuch an, das von Europa überkommene System des Sozialismus ihrem Land anpassen zu wollen. Aber dadurch allein ist noch nicht geklärt, was nun unter „afrikanischem Sozialismus“ zu verstehen ist; denn eine genauere Untersuchung der Reden

und Schriften afrikanischer Politiker zeigt, daß jeder diesem Begriff eine eigene Konzeption verleiht. Eine ähnliche Vielfalt von Formen zeigen außerdem die verschiedenen Entwicklungspläne, die mit den jeweiligen Vorstellungen vom afrikanischen Sozialismus verbunden sind. Daß bei der Beschäftigung mit den Fragen des afrikanischen Sozialismus sehr stark politische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, erklärt sich aus der Tatsache, daß im heutigen Afrika das Bemühen aller Regierungen um den Aufbau ihres Staatswesens zunächst auf die Schaffung einer Nation hinausläuft, um die divergierenden Interessen der einzelnen Stämme und Regionen mit dem Nationalinteresse in Einklang zu bringen. So stellt der afrikanische Sozialismus neben seiner Funktion als Wirtschaftsplan und Gesellschaftsform eine stimulierende Ideologie dar, die helfen soll, den politischen Rahmen der neuen Nation zu schaffen (vgl. W. H. Friedland und Carl G. Rosberg, hrsg.: *African Socialism, Definition, Exploration and National Programs*, Stanford 1964).

Die Konzeption Senghors

Als Beispiele afrikanischer Vorstellungen von einem Afrika entsprechenden Sozialismus seien Senegal, Guinea, Mali, Ghana, Tansania und Kenia genannt.

Der Senegal verdankt sein Konzept des afrikanischen Sozialismus seinem Staatspräsidenten L. S. Senghor und dem früheren Ministerpräsidenten Mamadou Dia. Während sich der Wirtschaftswissenschaftler Dia besonders um die wirtschaftspolitischen Seiten des senegalesischen Sozialismus bemühte, ist der Staatspräsident Senghor zu einer Untersuchung der sozialen, kulturellen und politischen Folgen vorgedrungen. Beider Bestreben war es, und darin liegt ihre Originalität, durch eine genaue Analyse der spezifischen, gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten Afrikas die Möglichkeit zu schaffen, allgemeine Prinzipien und Techniken des europäisch geprägten Sozialismus für die Gesamtentwicklung der afrikanischen Gesellschaft zu nutzen. Ihre Analyse bezog sich auf drei Ebenen:

1. Senghor suchte durch sein Konzept der Negritude die Eigenart der afrikanischen Kultur zu erklären. Unter Negritude versteht Senghor die Gesamtheit der kulturellen Werte der schwarzen Welt. Er stellt drei Wesensmerkmale heraus: die Rückbesinnung auf die Werte der afrikanischen Kultur in vorkolonialer Zeit; die geschichtlichen Erfahrungen der ganzen schwarzen Rasse (Sklaverei, Unterdrückung, Kolonialismus, Assimilation, Mißachtung und Isolierung); den Willen des Afrikaners, sein Land von Kolonialismus und Rassismus zu befreien. Dieser Wille wird getragen von dem neuerwachten afrikanischen Selbstbewußtsein und dem Stolz auf die Eigentümlichkeiten der schwarzen Rasse (vgl. Senghor, *Liberté I, Négritude et Humanisme*, 1964).

2. In einer Auseinandersetzung mit Marx einerseits und Teilhard de Chardin andererseits gewinnt Senghor eine Methode philosophischer Analyse, die es ihm erlaubt, den Menschen in den Mittelpunkt jeglichen Strebens nach Entwicklung seines Landes zu stellen.

3. Durch eine Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten suchten die beiden senegalesischen Politiker den Weg einer eigenen Politik zu gewinnen. Der senegalesische Sozialismus verdankt dem europäischen Sozialismus marxistischer Prägung seine Methoden: die wissenschaftliche Analyse der sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes;

den Aufbau einer mächtigen Partei, die Interpretin des Strebens und des Willens der Massen sein soll; schließlich im landwirtschaftlichen Bereich den Aufbau eines Genossenschaftswesens.

Diese Methoden, die der Senegal für die Entwicklung des Landes anwenden will, bauen aber auf Vorgegebenheiten in der traditionellen afrikanischen Gesellschaft auf. Der afrikanische Sozialismus im Senegal geht vom Menschen in der Gemeinschaft aus, in der er seine volle Erfüllung findet. Der afrikanische Sozialismus ist in diesem Sinn gemeinschaftsbezogen und basiert auf der Solidarität der freien Anteilnahme und Mitarbeit des einzelnen innerhalb der Gemeinschaft. Senghor stellt in seinem Inventar der negro-afrikanischen Zivilisation fest: „daß die negro-afrikanische Gesellschaft eine Kollektivgesellschaft ist, genauer gesagt eine kommunitäre Gesellschaft, da sie mehr auf der Kommunion der Seelen als auf einer Vereinigung von Individuen beruht und daß wir schon den Sozialismus vor dem Kommen der Europäer verwirklicht hatten (Senghor, *Nation et Voie africaine du Socialisme*, 1961, S. 71).

Der Senegal will in seinen gesellschaftspolitischen wie in seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen auf das traditionale Afrika zurückgreifen. Er sieht in der traditionellen Gesellschaft eine egalitäre Gemeinschaft (die keine Klassen, wohl aber eine hierarchische Gliederung kennt), deren traditionale Sozialprinzipien: Egalitarismus, Kommunalismus und Gemeineigentum des Bodens gekoppelt sind mit den traditionellen Werten der Solidarität, des Verantwortungs- und Pflichtbewußtseins. „Es ist eine klassenlose Gesellschaft, d. h. nicht, daß sie keine Hierarchie und keine Arbeitsteilung kennt. Sie beruht auf der Gemeinschaft, in der sich die Hierarchie auf geistige und demokratische Werte stützt“ (Senghor, *African-Style Socialism*, in: Friedland/Rosberg: *African Socialism*, 1964, S. 265).

Die Übertragung der traditionellen Sozialprinzipien auf den modernen Nationalstaat ist jedoch in den Augen der senegalesischen Politiker nur möglich durch eine feste Staatsführung. Daher halten sie es für notwendig, die regierende Partei so zu stärken, daß sie als Ausdruck des Volkes eine moderne Entwicklung einleitet und in den einzelnen Stämmen ein wirkliches Nationalgefühl schafft. Auf wirtschaftlicher Ebene sieht der Senegal die Planwirtschaft als angemessene Form des Aufbaus an; dabei kommt der landwirtschaftlichen Entwicklung eine vorrangige Bedeutung zu, weil ca. 70 % der senegalesischen Bevölkerung auf dem Lande lebt. Auch in diesem Bereich geht der Entwicklungsplan von der traditionellen Gesellschaft aus und sucht die kommunitären Werte der alten Kultur für die Modernisierung wirksam zu machen. Im Programm der „animation rurale“ soll bei Erhaltung der persönlichen Freiheit Arbeitswille, Pflichtbewußtsein und Dynamismus der Dorfgemeinschaft aktiviert werden. Im Senegal will der afrikanische Sozialismus also „eine Synthese zwischen den negro-afrikanischen kulturellen Werten, den Methoden und geistigen Werten des Westens und den technischen und sozialen Errungenschaften des Sozialismus“ bewerkstelligen (Senghor, *Some Thoughts on Africa: A Continent in Development*, in: *International Affairs XXXVIII*, April 1962, S. 191).

Der Sozialismus in Guinea

Auch der Staatschef von Guinea, Sékou Touré, will die sozialistischen Werte der traditionellen vorkolonialen afri-

kanischen Gesellschaft mit den modernen marxistischen Ideen verbinden. Er geht aber nicht, wie die senegalesischen Politiker, von den kulturellen Werten aus, sondern betont mehr den Gruppencharakter der alten Gesellschaften. Der moderne Staat soll nun durch die Partei das Solidaritätsgefühl des alten Afrikas als Grundlage für den Aufbau des Staates ansetzen.

Touré gibt der starken politischen Organisation die Priorität, weil sie allein fähig sei, das Land beschleunigt der modernen Welt anzupassen. Die Partei, verstanden als Ausdruck und Vollzugsorgan des Willens der ganzen Bevölkerung, soll die Gesamtentwicklung in die Hände nehmen. Aufgabe der Parteiideologie, die Touré nicht „afrikanischen Sozialismus“, sondern „Socialisme communautaire“ nennt, um besser den Ausgangspunkt, nämlich die Solidarität der afrikanischen Gesellschaft, zum Ausdruck zu bringen, ist es, die Massen für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu mobilisieren. Wenn nötig, soll der Aufbau Guineas durch Zwang der Bevölkerung zur Arbeit vorangetrieben werden. Der Plan des „investissement humain“ verfolgt das Ziel, die Massen zur intensiven Mitarbeit am Aufbau des Landes zu führen und ihnen zugleich über das schon vorhandene Solidaritätsgefühl in der kleineren Gemeinschaft des Dorfes ein Nationalbewußtsein mit nationalen Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein zu vermitteln (vgl. Sékou Touré, *Expérience Guinéenne et Unité Africaine*, Paris 1961).

... und in Mali

In Mali spricht man von „geplantem Sozialismus“. Seine Aufgabe soll sein, wissenschaftliche und realistische Wege zu suchen, die Probleme des Landes zu lösen und die Herrschaft der Partei zu stärken. Er soll eine zentralisierte Kontrolle der Wirtschaft und ein Staatsmonopol über die produktiven Kräfte der Gesellschaft herstellen. So ist die Gesamtentwicklung Malis einem stark zentralisierten Entwicklungsplan unterworfen. „Der einzige Weg einer schnellen und harmonischen Entwicklung Malis wird der einer sozialistischen Wirtschaft sein, die durch gezieltes Planen und durch die entscheidende Rolle des Staates gekennzeichnet ist“ (Ce qu'est le Plan Quinquennal du Mali: une interview exclusive du Dr. Seydou Bdaïan Kouyate, in: *Afrique* Nr. 9, Februar 1962).

In der Landwirtschaft geht er aus von den traditionellen kooperativen Tendenzen, ist aber aufs engste verknüpft mit dem politischen Ziel der Stärkung der Partei. Im „investissement humain“, das nach guineischem Vorbild eingeführt wurde, aber in noch stärkerem Maße von der Partei gesteuert wird, sollen in unbezahlter, freiwilliger, gemeinsamer Arbeit Projekte von öffentlichem Interesse verwirklicht werden. Auf industrieller Ebene sieht der Entwicklungsplan Malis die Nationalisierung der Schwerindustrie, des Bergbaus und der Energieversorgung vor und unterwirft private Unternehmungen rigoroser Staatskontrolle (vgl. *Rapport sur le Plan Quinquennal de Développement Economique et Social de la République du Mali 1961—65*, veröffentlicht vom Ministère du Plan et de l'Economie Rurale).

Das Konzept des geplanten Sozialismus Malis, wie es besonders in seinem Parteiprogramm und seinem Entwicklungsplan zum Ausdruck kommt, ist als Theorie unpräzise. Es bedient sich in weitem Maße der marxistischen Ausdrucksweise und schlägt kommunistische Verwirklichungen als Lösungsversuche für die eigenen Probleme vor. Wegen dieser offensichtlichen Anlehnung an Marx

und Lenin wird diese Form des afrikanischen Sozialismus als „wissenschaftlicher Sozialismus“ bezeichnet, um ihn von den weit selbständigeren Konzeptionen des Sozialismus in Afrika abzuheben. Doch spricht auch die Theorie des geplanten Sozialismus von einer Synthese zwischen der neuen und der alten Lebensform für Afrika. Ein großes Hindernis für die Verwirklichung des modernen zentralistischen Staates in Mali ist der Gegensatz zwischen den angestrebten Zielen und den tatsächlich gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen. Geplant ist die unabhängige, nur von der Partei festgesetzte und durchgeführte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft; tatsächlich aber sieht sich Mali nicht in der Lage, ohne ausländisches Kapital und fremde technische Hilfe seine Ziele zu erreichen.

Das Konzept Nkrumahs

Auch das Konzept des gestürzten ghanesischen Präsidenten Nkrumah vom afrikanischen Sozialismus entstand aus der Überzeugung, daß der Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung die beste Methode darstelle, den Bedürfnissen der afrikanischen Gesellschaft zu entsprechen und die Probleme des Landes zu lösen. Wegen dieser engen Anlehnung an den Kommunismus zählt auch sein Konzept zum „wissenschaftlichen Sozialismus“. Dieses Konzept, „Nkrumaismus“ genannt, versteht sich als eine „Ideologie des Neuen Afrika“ (vgl. Nkrumah, *Consciencism* 1964). Es beruht auf der Vorstellung eines geeinten afrikanischen Kontinents und nährt sich aus der modernen Wissenschaft und Technik wie auch aus dem traditionellen afrikanischen Glauben. Die freie Entfaltung des einzelnen sei bedingt durch die freie Entfaltung aller in der Gesellschaft.

Nkrumah wollte diese sozialistischen Vorstellungen mit dem Panafrikanismus verbinden in einer Philosophie, die ihn als den Führer des Kontinents bestätigte.

Prämisse dieser Philosophie war seine Überzeugung, daß der afrikanische Kommunalismus der Vorfahr des Sozialismus sei, daß Afrika keine Klassen kannte und daß die Klassenbildung in heutiger Zeit trotz Modernisierung und Industrialisierung vermeidbar sei. Als Zielsetzungen des afrikanischen Sozialismus nannte Nkrumah die Verbindung von Egalitarismus und „humanistischem Denken“ der Gesellschaft in der vorkolonialen Zeit wiederherstellen; aus dem Kolonialismus solche Elemente herausgreifen, die den Interessen des Volkes angepaßt werden können (wie z. B. neue Methoden industrieller Produktion und wirtschaftlicher Organisation); Wege schaffen, die die Klassenunterschiede und den Antagonismus der Entwicklung überwinden helfen.

Der afrikanische Sozialismus kann nach Meinung Nkrumahs aber nur durch eine Massenpartei und nur auf übernationaler Ebene gänzlich verwirklicht werden. Noch sei weder Ghana noch Gesamtafrika reif für den Sozialismus; deshalb zeigte sich Nkrumah in seiner Regierungspraxis als großer Pragmatiker, der in weitaus stärkerem Maße als die oben dargelegten Konzepte auf wirtschaftlicher Ebene eine schnelle Industrialisierung für notwendig hält, um sein Land der modernen Welt anzupassen.

Der Sozialismus Nyereres

Der Staatspräsident von Tansania, Julius Nyerere, vertritt ebenfalls eine spezielle Variante des afrikanischen Sozialismus. Mit Nkrumah verbindet ihn, daß sein Kon-

zept stark panafrikanisch ausgerichtet ist, mit Senghor ist er verwandt, weil für ihn der Sozialismus auf humanistischen Vorstellungen gründet und integraler Teil seines Gedankengebäudes von der philosophischen und ethischen Fundierung der neuen Gesellschaft ist.

Nyerere spricht von „Ujamaa“, wenn er seine Vorstellungen eines eigenen Weges des Sozialismus meint (vgl. J. Nyerere, *Ujamaa, the basis of African Socialism*, in: *Africa's Freedom*, 1964). Ujamaa verweist auf die afrikanische Großfamilie und ihre spezifische Sozialstruktur. Nyerere definiert Ujamaa als eine Geisteshaltung, die den Menschen mit einem starken Verpflichtungsgefühl gegenüber der Gemeinschaft auszeichnet. Ujamaa soll sich aber nicht auf die ursprüngliche Dorfgemeinschaft beschränken, sie soll sich auf alle Bewohner des Landes und letztlich auf die gesamte Menschheit ausdehnen. „Ujamaa oder ‚familyhood‘ beschreibt unseren Sozialismus. Der moderne afrikanische Sozialismus kann von seinem Erbe aus der Tradition den Begriff der Gesellschaft erklären als eine Gemeinschaft, die auf dem Familienzusammenhalt beruht. Aber der afrikanische Sozialismus kann nicht mehr ausschließlich auf die Einheit innerhalb der Stammesgrenzen bezogen sein. Die Familieneinheit muß vergrößert werden und über den Clan, den Stamm, die Nation, den Kontinent hinausgehend die ganze Menschheit umfassen. Das ist der einzig logische Schluß, den man aus einem rechtverstandenen Sozialismus ziehen muß“ (Nyerere, *Ujamaa*, a. a. O., S. 76).

Diese mehr philosophische Sicht des afrikanischen Sozialismus ist politisch für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Bereiches wirksam und richtunggebend geworden: in der Genossenschaftsbewegung, die sich auf die Dorfgemeinschaft stützt und für bessere Produktions- und Absatzbedingungen sorgen will; in der Zusammenlegung mehrerer Weiler und verstreut liegender Siedlungen zu neuen Dörfern (villagization) mit starker Betonung der Selbsthilfe.

In der Praxis stößt Ujamaa auf große Widerstände, die in der Theorie nicht berücksichtigt wurden. Die Gesellschaft des Landes ist nicht so einheitlich, wie das Konzept sie sehen will. (So gibt es z. B. Stämme, die das Land als Individualeigentum kennen, während das Konzept von Gesellschaften ausgeht, in denen der Boden Gemeingut ist.) Die traditionellen Werte der gegenseitigen Gemeinhaltung waren in kleinen geschlossenen Gesellschaften verwirklicht; sie lassen sich nicht direkt auf nationaler Ebene mit den gleichen Funktionen übertragen. Trotz dieser Widersprüche, die augenblicklich auch hier zwischen Theorie und Praxis bestehen, ist das Konzept der Ujamaa für den Aufbau Tansanias wichtig, weil dadurch verschiedene Institutionen, Werte und Haltungen erhalten bleiben, die zur Bildung eines Nationalgefühls und eines Nationalethos aus dem heute noch herrschenden Tubalismus beitragen.

Der pragmatische Sozialismus Kenias

Auch das in Kenia zur Entwicklung des Landes angenommene System ist der afrikanische Sozialismus, der sich auf die afrikanischen Traditionen der politischen Demokratie und der gegenseitigen sozialen Verantwortung stützt und sich durch Anpassungsfähigkeit an die wechselnde Welt und Selbständigkeit auszeichnen will. Im Weißbuch der Regierung von Kenia heißt es dazu: „Politische Demokratie besagt, daß jedes Glied der Gesellschaft gleiche politische Rechte genießt und daß es keinem einzelnen

und keiner Gruppe erlaubt ist, einen ungerechtfertigten Einfluß auf die Politik des Staates auszuüben. Der Staat muß alle Teile der Bevölkerung vertreten und dabei unparteiisch und ohne Vorurteile sein... Politische Demokratie im Sinne der afrikanischen Tradition kennt deshalb nicht eine Partei der Elite, strenge Überprüfung oder diskriminatorische Kriterien für die Mitgliedschaft der Partei. Im afrikanischen Sozialismus ist jedes Mitglied der Gesellschaft wichtig und gleichwertig... Die Partei wird auf verschiedene Standpunkte eingehen und sie ihrem Programm eingliedern. Der afrikanische Sozialismus beruht auf einer vollen, alle gleichstellenden, unbeschränkten Demokratie... Gegenseitige soziale Verantwortung ist eine Ausdehnung des afrikanischen Familiengefühls auf die Nation als Ganzes, verbunden mit der Hoffnung, daß der gleiche Geist am Ende sogar auf noch größere Einheiten ausgeweitet werden kann“ (Afrikanischer Sozialismus und seine Anwendung auf die Planung in Kenia, in: *Internationales Afrika-Forum*, Nr. 11, November 1965, S. 37—38).

Das System des afrikanischen Sozialismus zur Lösung der heutigen und zukünftigen Probleme darf aber nach Meinung der Regierung Kenias, die ihre Gedanken zum afrikanischen Sozialismus und seine Anwendung auf die Planung in Kenia 1965 in einem Weißbuch darlegte, nicht starr sein, sondern muß sich stets den Forderungen der gegebenen Situation anpassen. Die Regierung soll durch Kontroll- und Planungsmaßnahmen eine Verwendung der produktiven Hilfsmittel zum Wohle der Gemeinschaft gewährleisten. Die Regierung Kenias glaubt, daß der afrikanische Sozialismus geeignet ist, das Entstehen von Klassen und Klassenkämpfen zu vermeiden. Als wesentliche Merkmale des afrikanischen Sozialismus stellt das Weißbuch heraus: politische Demokratie; wechselseitige soziale Verantwortung; verschiedene Formen des Eigentums; eine Reihe von Kontrollmaßnahmen, die gewährleisten sollen, daß das Eigentum im wechselseitigen Interesse der Gesellschaft und ihrer Mitglieder verwendet wird; Streuung des Eigentums, damit eine Konzentration von wirtschaftlicher Macht vermieden wird; progressive Steuern, um eine gerechte Verteilung von Besitz und Einkommen zu gewährleisten.

Mit diesen Merkmalen wird deutlich, daß die Regierung Kenias ein Konzept für den Aufbau ihres Landes besitzt, das keine starre Theorie ist, sondern in wohlabgestimmter Weise die tatsächlichen Gegebenheiten des Landes in der Vergangenheit und in der Gegenwart zu verbinden sucht, damit sie in der Zukunft wirksam in der Praxis ausgestaltet werden können.

Gemeinsame Leitideen

Den zum Teil recht unterschiedlichen Konzepten des afrikanischen Sozialismus, wie sie von den einzelnen afrikanischen Regierungen in Theorie und Praxis vertreten werden, ist gemeinsam, daß sie alle den afrikanischen Sozialismus als stimulierende Ideologie verstehen, die Afrika aus der traditionellen in eine moderne Gesellschaftsordnung hineinführen soll.

In keinem Land ist es möglich, eine strenge Trennung von Theorie und Praxis des afrikanischen Sozialismus durchzuführen. Es fehlt ein strenges, in sich schlüssiges und ausgebildetes Lehrgebäude. Neben einer oft nur sehr vage formulierten Vorstellung stehen eine Reihe von konkreten Entwicklungsprogrammen, die alle zum Ziel haben, das Land und seine Bevölkerung in einer der modernen

Welt angepaßten Form und in kürzester Zeit zu entwickeln. Gerade diese Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Konzeption verleihen allen Formen des afrikanischen Sozialismus die Möglichkeit einer angemessenen Entwicklungspolitik. Alle Vorstellungen des afrikanischen Sozialismus gehen von der Voraussetzung aus, daß die Ursprungssituation, in der der Sozialismus als Ideologie, als Gesellschaftsform und als Wirtschaftsverfassung auftritt, in Afrika grundsätzlich verschieden ist von dem geschichtlichen Rahmen, in dem der europäische Sozialismus entstanden ist. Darüber hinaus sind die Afrikaner der Ansicht, daß auch die augenblickliche Situation Afrikas dazu beitrage, dem Sozialismus auf ihrem Kontinent eine spezifische Ausformung zu geben.

Aus diesen Gründen suchten die afrikanischen Politiker, sobald die Unabhängigkeit ihrer Länder in Aussicht stand, nach einem System, das nicht aus irgendeinem Land importiert oder Abbild einer fremden Ideologie, sondern fähig ist, nützliche und mit den eigenen Gegebenheiten zu vereinbarende Methoden aus jeder sich bietenden Quelle aufzunehmen und auf diese Weise geeignet ist, Afrika in der modernen Welt seinen ihm zustehenden Platz zu sichern.

Um dieses Ziel zu erreichen, halten sie folgende Grundbedingungen für unerlässlich: Das System muß sich auf die besten Werte in der afrikanischen Tradition stützen; es muß sich an neue und sehr rasch wechselnde Umstände anpassen lassen; es darf schließlich in seinem Erfolg auf keinerlei Abhängigkeit von anderen Mächten beruhen.

Die gesellschaftspolitischen Leitideen

Alle Politiker, die sich um eine Formulierung der Ideologie des afrikanischen Sozialismus bemühten, betonten, daß es im vorkolonialen Afrika sozialistische Gesellschaften gab, die zwar hierarchisch gegliedert, aber keine eigentlichen Klassen im europäischen Sinn des Wortes kannten. Diese traditionellen Gesellschaften beruhten auf dem Prinzip der Gleichheit, der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe. Die modernen Staaten sollen nun diese Grundzüge der afrikanischen Gesellschaft beibehalten, da sie die Mentalität des afrikanischen Menschen entscheidend geprägt und da sie sich in der Zeit vor der Verfremdung durch die Kolonialherrschaft im täglichen Leben bewährt haben. Der Egalitarismus und der Kommunismus der traditionellen Gesellschaft waren bestimmt durch ein starkes Sozialbewußtsein, durch Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein gegenüber der Gemeinschaft, in der der einzelne zur vollen Selbstverwirklichung gelangte.

Der afrikanische Sozialismus will also eine Modernisierung der afrikanischen Gesellschaft durch eine Wiederbelebung der traditionellen Kulturwerte erreichen.

Die Übertragung der traditionellen Sozialprinzipien auf den modernen Nationalstaat wird von allen Regierungen im Rahmen des politischen Zentralismus vorgenommen. Sie entwickelten einen Demokratiebegriff, der auf dem Prinzip der absoluten Gleichheit aufbaut und den unkontrollierbaren Pluralismus der Gesellschaft ablehnt. So findet sich in allen Staaten (faktisch jedenfalls, wenn theoretisch z. T. auch noch Oppositionsparteien zugelassen sind, wie z. B. im Senegal) der Ein-Parteien-Staat verwirklicht, der sich als legitimer Nachfolger des traditionellen Stammesverbandes versteht.

Dieses gesellschaftspolitische Grundkonzept: der Aufbau eines modernen Staatswesens auf der Grundlage der traditionellen Sozialstruktur, stellt zweifellos den Kern

des afrikanischen Sozialismus dar. In der konkreten Ausformung dieses Konzeptes lassen sich jedoch beträchtliche Unterschiede nachweisen, die sich einmal aus der unterschiedlichen Herkunft und Erziehung der afrikanischen Politiker, zum anderen aus der speziellen Entwicklung ihres Landes erklären.

Der afrikanische Sozialismus beansprucht gerade auf Grund dieses gesellschaftspolitischen Konzeptes, einen eigenen „dritten Weg“ gefunden zu haben, der sich deutlich vom Kapitalismus und Kommunismus abhebt, der eine adäquate Antwort auf die speziellen Probleme geben und der darüber hinaus auch ein gesellschaftspolitisches Vorbild für die ganze Welt abgeben soll.

Der Kapitalismus wird von den afrikanischen Politikern abgelehnt, weil er einem individualistischen Eigennutz frönt und weil er Afrika Entfremdung und Entwurzelung brachte, d. h., weil er als Kolonialismus an der Unterentwicklung Afrikas Schuld trägt. Der Kommunismus wird aus ähnlichen Gründen als direktes gesellschaftspolitisches Vorbild abgelehnt. In den Augen der meisten afrikanischen Staatschefs stellt er nur eine andere Form des Kapitalismus, nämlich einen Staatskapitalismus, dar, der die Arbeit der Masse ausbeutet und nicht zu deren Wohl benutzt. Ein weiterer Vorwurf gegen den Kommunismus ist der der Unfreiheit und des Materialismus, die zu einer ähnlichen Selbstverfremdung des Menschen führen wie der Kapitalismus.

So stellt also das gesellschaftspolitische Konzept des afrikanischen Sozialismus den Versuch dar, den traditionellen Werten der afrikanischen Gesellschaft neues Leben und eine neue Funktion zu geben; damit einen eigenen, spezifisch afrikanischen Weg in die moderne Welt zu finden, ohne aber auf die Techniken und Methoden der Industriestaaten gleich welcher Gesellschaftsform zu verzichten.

Wirtschaftspolitische Vorstellungen

Dem Zentralismus im politischen Bereich entspricht eine planwirtschaftliche Wirtschaftsverfassung, die mehr oder weniger konsequent in allen in Frage stehenden afrikanischen Staaten durchgesetzt wurde. In der Planwirtschaft sehen die Vertreter des afrikanischen Sozialismus den einzigen Weg, die traditionellen Werte in eine rasche Entwicklung des Landes einzubauen. Die Wirtschaftspolitik der afrikanischen Staaten ist gekennzeichnet durch einen flexiblen Pragmatismus, der die Regierungen vor einer überstürzten Nationalisierung aller Wirtschaftsbereiche bewahrt und ihnen die zur Zeit notwendige Hilfe durch Privatunternehmungen sichert. Zwar sehen einzelne Entwicklungspläne im Bereich der Wirtschaft (z. B. Ghana und Mali) eine völlige Nationalisierung vor. Für die Zeit des Aufbaus der Nationalwirtschaft aber ist selbst in diesen Staaten ein Mischsystem von verschiedenen Wirtschaftssektoren vorgesehen. Drei Sektoren lassen sich in diesem Mischsystem unterscheiden: ein öffentlicher, nationalisierter Sektor, ein gemischter Sektor, in dem Staat und Privatunternehmer anteilig vertreten sind, ein privater Sektor.

Größenordnung und Abgrenzungen der einzelnen Sektoren sind in den verschiedenen Staaten unterschiedlich, je nachdem sich die Regierungen zu einem mehr oder weniger zentralistisch gelenktem Ordnungsprinzip im politischen Bereich entschlossen haben.

Ghana, Mali und Guinea sind am weitesten sozialisiert; im Senegal ist lediglich die Landwirtschaft sozialisiert; Tansania und Kenia räumen der Privatinitiative einen

relativ großen Raum ein, auf Grund der Bedeutung der europäischen und asiatischen Aktivität für den wirtschaftlichen Aufstieg bis in die jüngste Zeit hinein. Hauptgewicht legen mit Ausnahme Ghanas die meisten afrikanischen Staaten auf eine Förderung des Agrarsektors, da mehr als 80% der afrikanischen Bevölkerung auf diesem Sektor tätig sind. So ist der landwirtschaftliche Bereich in allen Ländern auch am frühesten sozialisiert worden. Kooperativen — teils auf freier genossenschaftlicher Basis, teils unter direkter Staatskontrolle — sollen ähnlich wie die traditionellen Gesellschaften als Selbsthilfeorganisationen arbeiten. Vermarktungs- und Produktionsgenossenschaften sind in Afrika sehr verbreitet. Daneben stehen in Ansätzen Einkaufs-, Lagerhaltungs- und Kreditgenossenschaften.

Während eine Aktivierung der Landwirtschaft lediglich die Basis für einen Wirtschaftsaufbau bieten kann, kommt der eigentliche Anstoß zum Wachstum und zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit aus der Industrialisierung. Die meisten der hier betrachteten Länder bemühen sich jedoch, um eine harmonische Entwicklung zu garantieren, in erster Linie um den Aufbau von kleinen und mittelgroßen Industrien zur Verarbeitung und Veredelung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Bodenschätze.

Eine stimulierende Ideologie

Der afrikanische Sozialismus ist aber nicht nur ein politisches und wirtschaftliches Programm für einen möglichst schnellen Aufbau der jungen Staaten. Er begreift sich zugleich als ein Lebensideal mit spezifisch sozialen Tugenden, nach dem die Gesellschaft wie auch der einzelne volle Entfaltung finden soll. Aufgabe des afrikanischen Sozialismus als Ideologie muß es einmal sein, eine neue Ethik zu schaffen, die fähig ist, die traditionale statische Grundhaltung des Afrikaners zu überwinden und jene psychologische Umwandlung zu bewerkstelligen, die den einzelnen wie die Gesellschaft sich der modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsform anpassen läßt.

Die Ideologie soll zum anderen in bewußtem Rückgriff auf das vorkoloniale Solidaritätsbewußtsein innerhalb der Stammeseinheit ein neues Solidaritätsbewußtsein über die alten Stammesgrenzen hinweg schaffen. Weiterhin soll die Ideologie, auf diesem Solidaritätsbewußtsein aufbauend, eine verstärkte Arbeitsmoral und ein neues Pflichtbewußtsein gegenüber der neuen größeren Gemeinschaft bei den Massen finden.

Ideologieträger, die die Ideale des afrikanischen Sozialismus den Massen vermitteln und damit die psychologische Umwandlung betreiben sollen, die zu einer schnellen Entwicklung der Länder notwendig ist, sind in erster Linie die Parteien und die ihnen angeschlossenen, meist von ihnen initiierten Vereinigungen, wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Staatsjugend- und Frauenverbände. Solche Organisationen geben der regierenden Partei einen enormen Machtapparat und damit ein ungeheures Druck- und Kontrollmittel in die Hand. Zwang und totalitäre Durchsetzungsmethoden werden zwar im Prinzip abgelehnt, doch sind die afrikanischen Politiker der Überzeugung, daß für die Übergangszeit der Entwicklung ein gewisser Druck gerechtfertigt sei.

Die bisherigen Ergebnisse

Eine Beurteilung der bisherigen Ergebnisse der Politik des afrikanischen Sozialismus ist recht schwierig; die entsprechenden Programme sind erst vor wenigen Jahren

verkündet worden, die Wirtschaftspläne gerade erst angegangen und die entsprechenden Organisationsformen noch im Aufbau begriffen. Zugleich können die bisherigen Ergebnisse nicht allein auf den Einfluß der Ideologie zurückgeführt werden, da noch viele andere Faktoren im Spiel sind, z.B. die Übergangsschwierigkeiten nach der Unabhängigkeit, Einflüsse des Weltmarktes und Auswirkungen der Entwicklungshilfe.

Es gilt also zunächst zu fragen, wieweit es dem afrikanischen Sozialismus gelungen ist, Afrika in seiner Entwicklung vorwärtszubringen, d.h. neue Infrastrukturen zu schaffen, einen Bewußtseinswandel in der Bevölkerung herbeizuführen, eine angemessene Industrie aufzubauen und moderne Formen landwirtschaftlicher Produktion zu finden. Bei der Entwicklung der Infrastrukturen kam es von seiten des Staates häufig aus rein irrationalen Gründen zu großen Fehlplanungen und Fehlinvestitionen.

Die Selbsthilfeprogramme u.a. des „investissement humain“ und der „animation rurale“ brachten zunächst einige Erfolge. Doch die anfängliche Begeisterung der Bevölkerung erlahmte nach einiger Zeit und mußte zunehmend durch Zwang ersetzt werden. Dieses Erlahmen läßt darauf schließen, daß die geforderte psychologische Umwandlung nur zum Teil gelungen ist. Noch kann von einer spürbaren Neuorientierung, die vom Tribalismus zum Nationalbewußtsein führen soll, und von einem neuen Verhältnis zur Arbeit nicht die Rede sein. Doch ist der bisherige Zeitraum sicherlich viel zu kurz, um einen solchen Bewußtseinswandel heute schon erwarten zu können.

Der Aufbau der Industrie steckt noch zu sehr in den Anfängen, als daß sich hier schon spürbare Ergebnisse aufweisen ließen. Die ausländischen Privatunternehmer arbeiten durchweg mit Gewinn, während die Staatsunternehmungen größtenteils unrentabel sind, da ihre Kapazität den inländischen Bedarf übersteigt und sie im internationalen Handel noch nicht konkurrenzfähig sind.

Der Versuch, durch umfassende Sozialisierungsmaßnahmen eine Modernisierung der Landwirtschaft herbeizuführen, hat ebenfalls bisher noch wenig Erfolg gehabt. Während die Vermarktungsgenossenschaften großen Anklang fanden, da sie den einzelnen vor Absatzschwierigkeiten und zu großen Preisschwankungen schützten, stießen die Kollektivierungsmaßnahmen der Produktionsgenossenschaften hingegen auf große Schwierigkeiten, da der einzelne zwar den traditionellen gemeinsamen Landbesitz anerkennt, aber nicht bereit ist, sein überkommenes Recht auf individuelle Nutzung des kommunalen Bodens aufzugeben.

Voraussetzungen für die Zukunft

Daß der Politik des afrikanischen Sozialismus bisher nur so geringe Erfolge beschieden wurden, läßt sich, abgesehen von der Kürze der Zeit, in der diese Politik wirksam werden konnte, wohl auf folgende Gründe zurückführen: Der Rückgriff des afrikanischen Sozialismus auf traditionale Werte und Sozialprinzipien übersah in zu starkem Maße, daß die Strukturen der traditionellen Stammesgesellschaften viel differenzierter sind und deshalb nicht so vereinfacht und verallgemeinert gesehen werden dürfen. Die Übernahme moderner Industrien und Wirtschaftsmethoden erfordert eine spezialisierte Arbeitsteilung und führt zur Bildung fester Berufsgruppen, die auch gesellschaftlich eine Sonderstellung anstreben. Hier zeigt sich die große Schwierigkeit, für die der afri-

kanische Sozialismus bisher noch keine Lösung angegeben hat: einerseits gelten die Prinzipien der absoluten Gleichheit und Solidarität als grundlegende Voraussetzung für den Aufbau einer modernen Gesellschaft in Afrika; andererseits führt der Aufbau einer modernen Gesellschaft aber gerade zu einer weitgehenden sozialen Differenzierung innerhalb der Bevölkerung.

Damit der afrikanische Sozialismus in Zukunft die Ziele erreicht, die er sich gestellt hat, d. h. neue Infrastrukturen zu schaffen, einen Bewußtseinswandel in der Bevölkerung herbeizuführen, eine entwicklungsfähige Industrie aufzubauen und moderne Formen landwirtschaftlicher Produktion zu entwickeln oder, mit anderen Worten, um eine realistische Entwicklungspolitik zu verfolgen, müssen die Regierungen folgende Prinzipien berücksichtigen:

1. Nach Analyse der jeweiligen psychologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten müssen eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen werden mit dem Ziel einer allmählichen Mobilisierung der Bevölkerung, da ein zentralistisch gesteuertes, einheitliches Entwicklungskonzept der Vielgestaltigkeit und Komplexität der afrikanischen Gesellschaft zu wenig Rechnung trägt.

2. Der beste Weg für einen allmählichen Übergang vom tribalistischen Denken zu einem Nationalbewußtsein ist ein umfassendes und differenziertes Bildungs- und Erziehungsprogramm.

3. Ein gesundes wirtschaftliches Wachstum und die damit gegebene Aussicht auf höheren Lebensstandard stellen den

stärksten Anreiz dar, die traditionellen Lebens- und Wirtschaftsformen zugunsten einer entwicklungsfördernden Haltung aufzugeben.

4. Aufgabe der Regierungen muß daher in erster Linie sein, solche Anreize zu schaffen, z. B. durch die Entwicklung modellhafter neuer Betriebsformen im landwirtschaftlichen Bereich; zugleich sollte der Staat eigenständige Kräfte für Entwicklungsprojekte interessieren und entsprechend ihrer Eigenständigkeit fördern.

Unter Berücksichtigung dieser Hauptprinzipien könnte es der Politik des afrikanischen Sozialismus in Zukunft gelingen, in den afrikanischen Staaten eine gesunde Entwicklung voranzutreiben, den traditionellen Werten der afrikanischen Kultur in einem neuen Rahmen eine zukunftsweisende Bedeutung zu verleihen und somit eine eigenständige Form des Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftswesens zu verwirklichen. So allein könnte der afrikanische Sozialismus auch die Forderung, die Senghor an ihn stellt, erfüllen: „Der Sozialismus in Afrika ist seinem Wesen entsprechend eine neue Sicht der Welt, eine ‚Weltanschauung‘, eine Theorie, aus der sich notwendigerweise eine Praxis ableitet, die danach strebt, die heute gegebene Situation der Welt zu verändern. Mit anderen Worten: der Sozialismus ist ein neuer Modus des Erkennens und des Zusammenlebens der Menschen“ (Senghor, *Négritude et Civilisation greco-latine*, Rede in der Universität Straßburg anlässlich der Verleihung des Ehrendoktors an den senegalesischen Staatspräsidenten, 1964, S. 14).

Aus der Ökumene

Die Kirchen in der technischen Revolution

Vom 12. bis 26. Juli 1966 tagt am Sitz des Weltrates der Kirchen in Genf nach einer Unterbrechung von fast 20 Jahren die von 400 Theologen, Soziologen und Politikern aller Konfessionen und Kontinente besetzte Weltkonferenz des Referates „Kirche und Gesellschaft“ (früher „Life and Work“), das zur Studienabteilung des Weltrates gehört. Es ist die dritte seit der Konferenz „Für Praktisches Christentum“ in Stockholm (1925) und in Oxford (1937). Sie verdankt weitgehend den sozialpolitischen Rundschreiben Papst Johannes' XXIII. und den Beratungen des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Kirche in der modernen Welt ihre Chance und ihre Thematik, obwohl die jeweils „Dritte Sektion“ der Vollversammlungen des Weltrates der Kirchen (Amsterdam 1948, Evanston 1954 und Neu-Delhi 1961) über ein ununterbrochenes Studium des Wandels der Gesellschaft Rechenschaft abgelegt und neue Erkenntnisse gefördert hat (vgl. über die Vorbereitung dieser Konferenz: Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 535–538).

Die Studienbände

Inzwischen liegen die reichhaltigen vier Studienbände in der englischen Originalausgabe vor (Associated Press, New York, und SCM Press, London 1965). Ein für die deutsche Öffentlichkeit hergestellter, etwa die Hälfte der Studienbände umfassender, aber durchaus repräsentativer Auswahlband erschien unter dem Titel: „Die Kirche als Faktor einer kommenden Weltgemeinschaft“ (hrsg. vom Ökumenischen Rat der Kirchen, Kreuz-Verlag, Stuttgart 1965, 530 S.). Hier fehlen allerdings die Beiträge der

römisch-katholischen Fachleute Louis Janssens, Löwen (Bd. I, S. 165), Michael P. Fogarty, Mitherausgeber des „Economist“ (Bd. II, S. 337), sowie François Houtart und A. Delobelle, ersterer Generalsekretär von FERES, der andere Professor für Wirtschaftswissenschaften, beide Löwen (Bd. III, S. 347, über Wirtschaftsplanung). Daß die Mitarbeit katholischer Fachleute gesucht wurde, ist allmählich Tradition geworden, aber aus den ökumenischen Gutachten geht auch hervor, daß Fragestellungen und Lösungen z. T. am „Schema XIII“ des Konzils gemessen wurden. Daher wird unter den acht römisch-katholischen Beobachtern der ihrer Anlage nach bedeutenden Genfer Konferenz Charles Moeller, Löwen, der neue Untersekretär der römischen Glaubenskongregation, teilnehmen und die päpstlichen wie die konzilaren Lehren der Kirche erläutern. Die Konferenz ist also auf den Dialog und die vom Ökumenismusdekret angeregte Zusammenarbeit abgestellt, obwohl man die Schwierigkeiten deutlich erkennt.

Wie sehr die Konferenz von „Kirche und Gesellschaft“ die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche zu fördern bereit ist, zeigt auch die Entschließung einer Vorkonferenz von ökumenischen und römisch-katholischen Theologen, die Mitte April in Penhurst, Großbritannien, stattfand. Darin heißt es u. a., es wäre ganz verfehlt, angesichts der gemeinsamen Herausforderung aller Kirchen durch das Phänomen der säkularen Gesellschaft und der zweiten industriellen Revolution getrennt vorzugehen. Freilich werden die theologischen Probleme einer gemeinsamen Haltung nicht erwähnt. Sie sind in den sehr unterschiedlichen moraltheologischen Ansätzen begründet, wie seinerzeit das anerkannte Standardwerk